

Protokoll

Stadtelternratsitzung vom 12.11.2009

TOP 1

Die Sitzung wird um 19:30 durch die stellvertretende Vorsitzende Frau Hauschild eröffnet.

TOP 2

Die Feststellung der fristgerechten Einladung erfolgt.

TOP 3

Die Genehmigung des Protokolls vom 26.03.2009 erfolgt einstimmig.

TOP 4

Am 23.11.09 wird der Verwaltungsausschuss lt. Hr. Kraska zum Ganztagesbetrieb der IGS tagen.

TOP 5

Herr Moser-Kollenda stellt sich als leitendes Mitglied der Planungsgruppe(PG) IGS vor.

Die PG wird am 04.12. mit der Arbeit starten.

Es sind 8 Kollegen von verschiedenen Schulen, sowie gewählte Elternvertreter in dieser PG.

Bei der PG wird es um konkrete Dinge gehen wie: Klassenräume, Verwaltungstätigkeiten Besichtigungen anderer IGS in Niedersachsen, Fragen der Schulbeförderung (KVG).

Einige Einzelheiten konnte Herr Moser-Kollenda schon bekannt geben: Die Klassenstärke wird sich auf 30 Kinder belaufen. Es werden 5 5te Klassen am Start der IGS sein. Eine Ganztagesesschule ist noch nicht abschließend geklärt. In der IGS wird es kein Sitzen Bleiben geben. Wie es mit Wiederholern aus anderen Schulformen mit der Eingliederung in der IGS sein wird, muss die Anfrage dann zeigen und was an Kapazität frei ist, da es kein Sitzen Bleiben in der IGS geben wird.

Zur Wahl der Elternvertreter(EV) für die PG/IGS stellen sich:

- | | |
|-----------------------|----------------------|
| 1.Frau Hagenah | RS Hohenwedel |
| 2.Frau Rust | GS Ottenbeck |
| 3.Frau Ziesche | GS Ottenbeck |
| 4.Frau Maaß | GS Campe |

Die Wahl endet mit folgendem Ergebnis:

- 1. 14 Stimmen** und ist **1.EV**
- 2. 10 Stimmen** und ist **2.EV**
- 3. 8 Stimmen** und ist **1.stellvert.EV**
- 4. 1 Stimme** und ist **2.stellvert.EV**

TOP 6

Frau Hauschild verliest die UN-Behindertenkonvention:

Am 26.003.09 trat die UN-Behindertenkonvention in Deutschland in Kraft.

Nunmehr muss diese geltende Norm gesetzlich umgesetzt werden. Das neue Leitbild in Schule muss „ Inklusion „ lauten. Die bisherige Integration muss sich in Schule zur Inklusion wandeln.

Das inklusive Schulsystem in Niedersachsen muss den Vorrang der gemeinsamen Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder aufweisen. Ein paar Punkte was das bedeutet:

- *Wahlrecht der Eltern – ihr verbindlicher Rechtsanspruch auf gemeinsame Beschulung ihres Kindes – muss gesetzlich festgeschrieben werden.*
- *Binnendifferenzierter und zieldifferenzierter Unterricht in allen Schulformen*
- *Anspruch auf umfassende Förderung und Unterstützung beim Besuch einer allgemeinen Schule*
- *Niedersachsen muss eine verbindliche Zielsetzung zur Schrittweisen Erhöhung der Integrationsquoten -bezogen auf alle Schularten und -stufen erklären.*
- *Schulen müssen zur barrierefreien Bildungseinrichtungen umgestaltet werden.*
- *Programme zur Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte müssen der Zielsetzung „Inklusion“ entsprechend ausgestaltet werden.*
- *Es müssen Beratungsstellen geschaffen werden die Eltern informieren, beraten und unterstützen.*

Bei dieser zugegebener Maßen recht allgemeinen Betrachtung dieser neuen gesetzlichen Regelung ist fest zustellen, dass die Hansestadt Stade, ohne dass das Land die rechtlichen Vorgaben verändert, nichts umsetzen kann. Insbesondere die Wandlung der Schule aus pädagogischer Sicht ist erforderlich, damit die Kommunen die rechtlichen Vorgaben umsetzen können. Z.Zt. gelten in Niedersachsen andere gesetzliche Vorgaben, die das geltende Recht der UN-Behindertenrechtskommission nicht vorsehen.

Hr. Kraska äußerte sich: dass die Empfehlung z.Zt. nicht umsetzbar ist, da in Niedersachsen eine andere Gesetzeslage besteht. Die Konventionen werden ins Landesschulgesetz transferiert.

Neue Grundlagen werden die Gesetzgeber des Landes Niedersachsen schaffen müssen.

Hr. Mehrrens bezieht sich auf bisherige Umsetzung: z.B. integrierte Klassen und der Schule G in Ottenbeck und die Sprachheilklassen am Bockhorster Weg. Die sehbehinderte Schule in Hahle läuft aus, da z.Zt. kein Bedarf besteht.

TOP 7

Die Vorstellung der Homepage entfällt, da Hr. Arp erkrankt ist.

TOP 8

Aus der HS Thuner Str. wird von Unterrichtsausfall berichtet, dieser wurde durch eine FW-Kraft seit den Herbstferien behoben.

Unterschriftenliste "Volksbegehren - gute Schule" , Flyer liegen zum Mitnehmen bereit, es wird darum gebeten das in allen Schulen zu verkünden, die Unterschriftensammlung muss bis November 2010 im KM Hannover vorliegen.

Sitzungsende 20:15

gez. Tatjana Maaß
Protokollführerin